

Die DVP im November 2021/Inhaltsverzeichnis

Jürgen Vable

Editorial – Über Staatsversagen und eine Umfrage 423

Abhandlungen

Dimitra Tekidou-Kühlke

Fremdenfeindliche Äußerungen des Arbeitnehmers im öffentlichen Dienst und deren Folgen 425

In den letzten Jahren beschäftigen sich die Gerichte in Deutschland vermehrt mit Äußerungen von Arbeitnehmern, die sich gegen Menschen mit einem anderen ethnischen, kulturellen oder religiösen Hintergrund richten.

Neben offensichtlich fremdenfeindlichen Entgleisungen kann es aber auch zu weiteren Äußerungen in Form von Satire oder Witz kommen, die von Betroffenen als verletzend empfunden werden. Zu klären ist, wo die arbeitsrechtliche Toleranzgrenze zu sehen ist. An Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst werden dabei höhere Verhaltensanforderungen gestellt, denn diese arbeiten für einen Arbeitgeber, der für rechtsstaatliche Werte steht.

Erläutert werden u.a. der Begriff der „fremdenfeindlichen Äußerungen“, der mögliche Bezug zum Arbeitsverhältnis, das Recht des Arbeitnehmers auf freie Meinungsäußerung sowie seine Schranken, die arbeitsvertraglichen Pflichten sowie mögliche Folgen für die Arbeitnehmer.

Edmund Schaaf

Zum Grundsatz der Organtreue im Kommunalrecht – Teil 1 431

Meinungsverschiedenheiten zwischen Fraktionen des Gemeinderats und den Parteien und Wählergruppen entsprechen dem Wesen des demokratischen Systems. Sachliche Auseinandersetzungen helfen bei der Suche nach der besten Lösung. Gegenseitige Blockaden aber schaden der Gemeinde. Organe und Organteile, die gezielt die Arbeit eines anderen Organs behindern, verstoßen gegen den Grundsatz der Organtreue. Dieser im Verfassungsrecht entwickelte Grundsatz wird zunehmend von den Verwaltungsgerichten bei ihren Entscheidungen in Kommunalverfassungsstreitverfahren herangezogen. Inhalt und Bedeutung werden hier dargestellt

Ralf Schmorleiz

Von der Bundestagswahl zur Kanzlerwahl 437

Nach der Wahl des 20. Deutschen Bundestag steht zwar die Verteilung der Mandate fest, jedoch noch nicht die Zusammensetzung und Leitung der Bundesregierung. Der Beitrag skizziert den weiteren Weg von der Konstituierenden Sitzung mit Wahl des Bundestagspräsidenten und der weiteren Mitglieder des Präsidiums sowie Beschlussfassung über die Geschäftsordnung über Sondierung und Koalitionsvertrag bis zur Wahl des Bundeskanzlers. An diese schließt sich die Konstituierung der Bundesregierung durch die Ernennung der Bundesminister an, die auf Vorschlag des Bundeskanzlers durch den Bundespräsidenten erfolgt.

Michael Jesser/Bernd Schröder

Bewerbungsverfahrenrechte versus Abbruch eines Stellenbesetzungsverfahrens aus politischen Gründen 441

Nach der Rechtsprechung des BVerwG können Auswahlverfahren abgebrochen werden, wenn es dafür einen sachlichen Grund gibt. Damit erlöschen zugleich etwaige Verfahrensansprüche der Bewerberinnen und Bewerber. Als Grund für einen Abbruch genügt es u.a., wenn die Kommune die Stelle zwar weiterhin besetzen will, aber den Ausgang des ersten Auswahlverfahrens (Stellenbesetzungsverfahrens) als unbefriedigend empfindet, z.B. weil die Kandidaten die Erwartungen nicht erfüllen. Der Beitrag erörtert u.a. die Frage, ob auch politische Bedenken der Vertretung, die bei der Besetzung wichtiger Stellen oftmals mitwirkt bzw. entscheidet, als sachlicher Grund maßgeblich sein können.

Torsten F. Bartbel/Günter Haurand/Jan Seybold/Torsten Webrmann/

Holger Weidemann

Corona-Glossar IV 443

Das Ende der Corona-Pandemie mag herbeigesehnt werden, vielleicht ist es auch absehbar. Trotzdem sind derzeit noch Maßnahmen aktuell, die z.T. eine andere

Zielrichtung verfolgen als zu Beginn des Infektionsgeschehens. Im Anschluss an die bereits erläuterten Begriffe (DVP 2020, S. 194 ff., 2020, S. 238 ff., 2020, S. 466 ff.) werden daher hier weitere zentrale Begriffe erläutert, die die öffentliche und administrative Debatte bestimmen.

Nadine Römermann

Die Eignungsleihe nach § 47 Vergabeverordnung 449

Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen erfolgt gem. § 122 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) an Unternehmen, die die zuvor festgelegten Eignungskriterien erfüllen. Diese sind die Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit.

Im Rahmen einer Eignungsleihe nach § 47 Vergabeverordnung (VgV) ermöglicht der Gesetzgeber dem Bewerber/Bieter sich auf Kapazitäten eines Drittunternehmens zu berufen und damit die geforderten Eignungskriterien zu erfüllen. Dieser Rückgriff auf die Kapazitäten eines anderen Unternehmens bildet die Regel und kommt in der Praxis auch zum Einsatz, wenn die Unternehmen zwar selber in der Lage sind, die Leistungen zu erbringen, sie jedoch noch nicht über entsprechende Referenzen verfügen. Eine Sonderform der Eignungsleihe bietet die Gründung einer Bietergemeinschaft, um gemeinsam die geforderten Eignungskriterien zu erfüllen.

Kurzinformationen und Splitter

Splitter – Apokalyptische Prophezeiungen 454

Fallbearbeitungen

Günter Haurand/Jürgen Vable

Die lästige Baulast 451

Bei dieser Fallbearbeitung aus dem Bau- und Verwaltungsprozessrecht geht es u.a. um die Baulast als Mittel zur Sicherung von Anforderungen des Bauplanungsrechts, die Möglichkeit, diese im Vorgriff auf eine künftige Planung aufzuheben, die Bedeutung der Ziele der Raumordnung (hier: Hochwasserschutz) für die kommunale Planung sowie dem möglichen Rechtsschutz des Bauherrn sowie der Gemeinde gegen die überörtliche Planung.

Tobias Brinkhaus

Der unzuverlässige Prostitutionsstättenbetreiber 455

Gegenstand dieser Online-Fallbearbeitung sind Fragen der gewerberechtl. Zuverlässigkeit, insbesondere die Frage, welche Tatsachen einer Entscheidung zugrunde gelegt werden können.

Alexander Suslin/Jurij Zilsdorf

Gefährdeter Schulweg 457

Hier geht es um die Erfolgsaussichten einer Klage, mit der sich der Kläger gegen die Entfernung von Baumaterial zu wehren versucht, das die Behörde von einem Bürgersteig beseitigt hatte.

Rechtsprechung

Zum Ermessen bei Rücknahme eines rechtswidrigen Verwaltungsakts (BVerwG, Beschluss vom 2.6.2021 – 9 B 9/20) 462

Sicherstellung zum Schutz des Eigentums an einem Kraftfahrzeug (OVG Bautzen, Beschluss vom 11.8.2015 – 3 A 224/14) 463

Feststellung der Rechtswidrigkeit einer Fahrzeugdurchsuchung (VGH München, Beschluss vom 13.3.2017 – 10 ZB 16.965) 465

Verwendung von Daten zu Werbezwecken (OLG Frankfurt/Main, Urteil vom 24.1.2018 – 13 U 165/16) 466

Zur Verwertung von Videoaufzeichnungen einer sog. Bodycam (LG Düsseldorf, Beschluss vom 15.2.2019 – 1 Ks 19/18) 468

Die Schriftleitung

Diese Ausgabe der Zeitschrift enthält eine Beilage der Fa. Haufe-Lexware GmbH & Co. KG. Wir bitten um freundliche Beachtung!